

# Kurzinformationen

## Brücke über den Sirsia

Der stellvertretende Premierminister, Madhav Kumar, eröffnete eine neue Brücke über den Sirsia Fluß zwischen den Orten Birgunj und Raxaul an der indisch-nepalesischen Grenze. In seiner Ansprache betonte er die hohe Bedeutung dieser Brücke für den bilateralen Handel und die wirtschaftliche Entwicklung Nepals. Zudem soll diese Brücke auch eine verstärkte Kooperation der beiden Länder fördern. Dabei verwies er auf die indische Unterstützung vor allem beim Ausbau der Infrastruktur in Nepal. Neben dem stellvertretenden Premierminister betonte auch der indische Botschafter in Kathmandu, K.V. Rajan, die engen historischen Verbindungen zwischen den beiden Staaten. Die Bauarbeiten erfolgten durch indische Firmen, wobei die Baukosten in Höhe von knapp 60 Millionen von beiden Ländern finanziert wurden.

## Indisches Engagement in Nepal

Auf Einladung der Nepalesisch-Indischen Industrie- und Handelskammer traf sich eine Delegation der Vereinigung der Indischen Industrie (CII) mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer Nepals

(FNCCI) in Kathmandu. Zur Diskussion standen Investitionen und Joint Ventures in Nepal sowie die

Verbesserung der Exportmöglichkeiten für Produkte aus Nepal für den indischen Markt. Padma Jyoti, Präsident der FNCCI, lud die indischen Gäste insbesondere zu Joint Venture-Projekten mit nepalesischen Unternehmern ein. Hierzu wurden schon vom Premierminister während seines Indienbesuchs spezielle Förderprogramme angekündigt. Indische Investoren sind, laut Rajiv Kaul, Präsident der CII, vor allem an Projekten in Bereichen wie Softwareentwicklung, Elektro- und Elektronikprodukte sowie in der Lebensmittelbranche interessiert.

## Probleme der Dorfentwicklung

Einer der populärsten Slogans der neuen Regierung Nepals für die ländliche Bevölkerung ist das Entwicklungsprogramm: "Aafno gaun Anfai Banaun" (Wir bauen unser Dorf selbst), in dem die 4015 "village-development-committees" (VDC), die gewählten Dorfverwaltungen, in diesem Haushaltsjahr je 300.000 Rupien (ca. 9.000 DM) bekommen sollen. Das Ministerium für lokale Entwicklung (Ministry for Local Development) hat detaillierte

Richtlinien herausgegeben, unter welchen Voraussetzungen die Dorfkomitees an diese Mittel gelangen können. Eine der gestellten Anforderungen ist die Bildung eines Komitees, das als Konkurrenz zu den bereits gewählten Körperschaften gesehen wird und in denen zur Zeit mehrheitlich der 'Nepali Congress' regiert. Außerdem erscheint das Programm als eine Maßnahme zur Dezentralisierung.

Populäre Slogans für die Dorfbevölkerung, die überwiegende Mehrheit in Nepal, gab es schon zu Zeiten des Panchayatsystems (1961-90). Richtlinien wurden gesetzt, aber nicht verwirklicht, da den institutionell schwachen Regierungen die Möglichkeiten der Durchsetzung fehlten. Nationale (NROs) und internationale Nicht-Regierungsorganisationen (INROs) geben seit Jahrzehnten die Dorfentwicklung als ihr Ziel an, Milliarden wurden bisher verwendet, ohne nennenswerte Effekte zu erzielen: die Armutsrate steigt, die Landflucht hält unvermindert an und die Produktivität in der Landwirtschaft sinkt. Die gängigen Konzepte der Dorfentwicklung waren in der Vergangenheit so, wie eine engagierte nepalesische Sozialarbeiterin resümiert: "Man hat Wasser in den Sand geschüttet".

# Startschuß für Neuwahlen

von Walter Keller

Was wohl nur die wenigsten Wählerinnen und Wähler im Himalayakönigreich wünschten, muß jetzt doch erfolgen: Für den 23. November hat König Birendra Parlamentsneuwahlen angekündigt. So endet nach nur gut sechsmonatiger Regierungszeit vorerst die jüngste Staatskrise, die durch zunehmende Kritik der Opposition an der seit November letzten Jahres regierenden 'Communist Party of Nepal - United Marxist Leninist' (CPN-UML) ausgelöst wurde. Die Partei war bei den Wahlen im mit

205 Sitzen ausgestatteten Parlament mit 88 Sitzen stärkste Fraktion geworden und hatte verfassungsgemäß vom König den Auftrag erhalten, eine Minderheitsregierung zu bilden. Und darin lag von Anfang an das Problem, wenn auch der zuvor regierende 'Nepali Congress' (NC) und andere, kleinere Parteien, vor allem die 'Rastriya Prajantantra Party', (RPP) während der ersten Wochen die "Rote Regierung", wie sie in Teilen der nepalesischen Presse genannt wurde, duldeten.

Aber damit war es dann bald vorbei. Zu groß ist offensichtlich der Drang des NC zurück an die Macht und so bemühte sich die in ihrer Führungsspitze zerstrittene Partei vehement um die Gunst der mit 20 Sitzen im Parlament vertretenen RPP und ihrer Abgeordneter, die vor der Demokratisierung des Staates noch vehement das alte Panchayat-System verteidigt hatten. Denn gemeinsam mit der RPP - die auch Gespräche mit der Regierung führte - und anderen Parteien, hätte der NC, der über 82 Sitze verfügt, eine



Startschuß für Neuwahlen (Foto: Walter Keller)

Mehrheit im Parlament zustande bringen können. Deshalb war aus den Kehlen aller NC-Politiker schon seit Wochen herbe Kritik an der Regierung zu vernehmen. So warf der Parteivorsitzende K.P. Bhattarai in einem Interview mit

'Südasien' Premierminister Adhikari vor, er zerstöre mit seiner Politik das soziale Gefüge im Land, gebe sich atheistisch und erlaube überdies seinen Ministern, für das Verbot des Verzehrs von Rindfleisch einzutreten. Der frühere Premierminister des NC, Girija Prasad Koirala, prophezeite die Zerstörung demokratischer Institutionen und ein Ende der eingeschlagenen Wirtschaftsreformen und warnte vor einem totalitären Regime für den Fall, daß die "reds" nicht abgesetzt würden. Diese Forderung wurde anlässlich einer Großkundgebung des NC in Kathmandu am 8. Juni nochmals bekräftigt.

Nach der anschließend zustande gekommenen Einigung zwischen NC und RPP, eine gemeinsame Vorgehensweise gegen die CPN-UML zu fahren und dem Einbringen eines Mißtrauensvotums, blieb Premier Adhikari nichts anderes übrig, als König

Birendra die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen vorzuschlagen. Anlässlich einer Ansprache an die Nation betonte Adhikari zugleich, die Regierung habe noch bis zuletzt alle Anstrengungen unternommen, für Stabilität und Kontinuität zu sorgen und Gespräche mit verschiedenen Parteien geführt, damit seine Regierung im Amt bleiben könne. Die größte Oppositionspartei habe jedoch mit ihrem eigensinnigen Verhalten zu der instabilen Lage beigetragen und dadurch Neuwahlen notwendig gemacht.

Abgesehen von den riesigen Finanzen, die bei einem erneuten Umengang verschlungen werden, könnten die Wahlen für Adhikari und seine Partei sogar günstig sein. Glaubt man dem Urteil des sogenannten "einfachen Bürgers", so hat die CPN-UML durchaus noch viele Freunde und Unterstützer im Land. Anders als die Opposition ist die breite Masse der Bevölkerung des Landes offensichtlich recht zufrieden mit der Regierung und versteht durchaus, daß sechs Monate nicht ausreichen, um ihre Arbeit gerecht zu bewerten. Und so könnte dann Adhikari im November möglicherweise eine Mehrheit zustande bringen, die ihn auch ohne die Unterstützung anderer Parteien regieren läßt.



Ex-Premier Chand war mit seiner RPP das Zünglein an der Waage  
(Foto: Walter Keller)